

PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

27. April 2016_A

Zum Tag gegen Lärm 2016

Pro Rheintal fordert Emissionsschutz vor Immissionsschutz

Nur an der Quelle lässt sich der Lärm aufhalten

Harsche Kritik an Bund und Bahn kommt zum „Tag gegen Lärm“ aus dem Mittelrheintal. Das Bürgernetzwerk Pro Rheintal und weitere Initiativen hatten zum Protest gegen Bahnlärm aufgerufen. „Wir warten seit 40 Jahren auf Lärmschutz und seit 40 Jahren nimmt der Bahnlärm zu, weil sich der Bund als Bahneigentümer nicht selbst unter Druck setzen will, sondern sein ‚verzogenes Kind‘ Bahn weiter wurschteln und die Umwelt verlärmern lässt“, sagt Pro-Rheintal-Sprecher Frank Gross.

Paragraf 38 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes schreibe vor, dass Schienenfahrzeuge so betrieben werden müssen, dass vermeidbare Emissionen verhindert werden und unvermeidbare Emissionen auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben. Doch zu diesem Paragrafen gebe es bis heute keine Ausführungsbestimmungen. Auf Emissionen gehe das Gesetz überhaupt nicht ein, sondern die Züge dürften so laut sein, wie sie wollten, und man versuche lediglich, und nur an wenigen Stellen, den übermäßigen Lärm ein wenig aufzuhalten – was so gar nicht funktionieren könne.

„Wir brauchen, so wie es im Gesetz auch vorgesehen ist, einen Emissionsschutz, der klare Vorgaben macht, wie laut Fahrzeuge im Bahnverkehr sein dürfen, und müssen dies über Monitoringstationen auch kontrollieren“, fordert Gross. Derzeit gäbe es nur für Neufahrzeuge eine EU-Vorgabe (TSI), doch hierbei würde mit durchschnittlichen Pegeln aufgrund eines durchschnittlichen Fahrzeugzustandes gerechnet. Was tatsächlich bei den Menschen ankommt und was sie krank macht, spiele auch da keine Rolle. Für Lokomotiven fehlten zum Beispiel noch jegliche Grenzwerte. Auch bei Bahnbaumaschinen sei es so, dass es speziell von deutschen Herstellern auch leise Maschinen gebe, diese würden jedoch nur im Ausland eingesetzt. Warum solle

man sich in Deutschland Gedanken machen, wo der Bund selbst Eigentümer ist und die Bevölkerung so wenig Einigkeit und Solidarität zeigt.

Mit den Emissionswertvorgaben müssten auch neue Definitionen für den Bestandsschutz getroffen werden, denn bauliche Veränderungen im Sinne des bisherigen Gesetzes seien längst überholt durch dichteren Verkehr sowie längere, schwerere und schnellere Züge. Alles das sei lärmsteigernd und nicht mit der Lärmschutzintention des Gesetzes zu vereinbaren. Die Menschen an 90 Prozent aller Bahnstrecken hätten so um 11 dB(A) höhere Lärmpegel zu ertragen, und das seit 40 Jahren. Das sei unzumutbar.

Gefordert, so Gross, sei daher zum einen die Politik, weil die derzeitigen Vorschriften mangelhaft und unzureichend seien, und nur der Gesetzgeber den Ministerien und Beamten die notwendigen Schritte vorgeben könne.

Doch auch die Bürger selbst müssten begreifen, dass Demokratie und Freiheit nur da funktionieren, wo sich die Menschen solidarisieren und einig sind. Einigkeit stehe eben vor Recht und Freiheit, dass sei eine Erkenntnis, die hoffentlich mehr Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen in Initiativen bewege und auch bei Städten und Kommunen Ansporn zu mehr Engagement sein müsse.

Weitere Informationen unter:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard
Tel. 06742 801069-0
Fax 06742 801069-1
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten



Bild: Pro-Rheintal-Vorsitzender Frank Gross (Mitte) im Gespräch mit Bürgermeister Dr. Walter Bersch bei der Mahnwache in Boppard. (weitere Bilder verfügbar)